

---

FDP Bad Vilbel

## **FDP-FRAKTION: BILDUNGSPOLITIK**

23.09.2015

---

Hahn: Schwarz-Grün beschert Hessen schlechtesten Schuljahresstart seit 6 Jahren -  
Steinbruch „Gymnasiale Bildung“ ist eröffnet

Wetteraukreis – „Nach 5 Jahren stetigen Zuwachses begann das erste neue Schuljahr unter voller Verantwortung von Schwarz-Grün mit deutlichen Stellenkürzungen zulasten insbesondere der gymnasialen Bildung sowie der Grundschulen. Zur Organisation der Ganztagsbetreuung an einigen ausgewählten Schulen wurden 150 Lehrerstellen aus dem Unterricht an Grundschulen abgezogen. Den Gymnasien wurden alleine in den Oberstufen 160 Stellen mit der Ankündigung genommen, dass dies erst der Anfang sei. Damit entpuppt sich der vielgelobte Pakt für den Nachmittag als reine Mogelpackung. Schlimmer noch: Der Steinbruch „Gymnasiale Bildung“ ist seit diesem Schuljahr eröffnet“, erklärte der heimische FDP - Landtagsabgeordnete und ehemalige hessische Justizminister Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn anlässlich des neuen Schuljahres.

Hahn weiter:

„Vertuschen und Schönreden hilft nicht: Wenn durch die Maßnahmen der Landesregierung beispielsweise ein Oberstufengymnasium sechs Prozent seiner Lehrer verliert, dann bricht die Koalition nicht nur ihr Versprechen, die von den FDP-Kultusministerinnen geschaffene Lehrerversorgung von durchschnittlich 105 Prozent aufrechtzuerhalten, sondern drückt die Versorgung in diesen Schulen auf unter 100 Prozent. Ich fordere die Landesregierung entsprechend auf, diese Stellenkürzungen im Sinne der wetterauer Schülerinnen und Schüler sofort zurückzunehmen und die geplanten weiteren Kürzungen für die nächsten beiden Schuljahre zu unterlassen.“

Mit Blick auf die massiv gestiegenen Flüchtlingszahlen forderte Hahn, den schönen Worten von Ministerpräsident Bouffier jetzt auch Taten folgen zu lassen: „Wer meint, die bestehenden Herausforderungen ohne zusätzliche Mittel bestehen zu können, der hat die

Zeichen der Zeit nicht erkannt. Zur Vermeidung eines eklatanten Staatsversagens im Bereich der Flüchtlingspolitik ist es deshalb erforderlich, von allen bisher und künftig zugesagten zusätzlichen Finanzaufwendungen des Bundes einen angemessenen Teil von mindestens zehn Prozent in die verbesserte Deutschförderung und Ausbildung von Flüchtlingen fließen zu lassen," so Jörg-Uwe Hahn.